



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Bekanntnis zum Dialog mit Russland umsetzen und untersetzen

Der Landtag hat in seinem Beschluss „Dialog mit Russland fortsetzen“ (Drs. 7/323) vom 1. September 2016 u. a. festgestellt, dass ein intensivierter Dialog Baustein eines besseren Verhältnisses mit der Russischen Föderation sei. Politik und Wirtschaft müssten durch eine Entspannung der Beziehungen zwischen der EU und Russland, Normalität im politischen und wirtschaftlichen Austausch schaffen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zum III. Quartal 2017 in den Ausschüssen für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien und für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung zu berichten, welche konkreten Maßnahmen zur Realisierung des Beschlusses (siehe Drs. 7/323 und Drs. 7/615) seither ergriffen worden.

Begründung

Die deutsch-russischen Beziehungen waren immer ausschlaggebend für Sicherheit und Entspannung in ganz Europa. Die Konflikte in Europa und an seinen Grenzen wie auch globale Konfliktsituationen vom Nahen Osten bis Afghanistan können nur in Zusammenarbeit mit Russland gelöst werden.

Die gegenseitig ausgesprochenen Wirtschaftssanktionen haben soziale und ökonomische Folgen auf beiden Seiten. Dies trifft nicht nur für Russland, sondern auch für die betroffenen Wirtschaftszweige in den EU-Ländern zu. Traditionell haben besonders die ostdeutschen Bundesländer engere wirtschaftliche Beziehungen zu den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Deswegen sind die Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen hier besonders deutlich.

Vor dem Hintergrund dieser Interessenslage und der besonderen Potenziale des Landes Sachsen-Anhalt für die Beziehungen zum Osten Europas muss das Land als Akteur für die friedliche Verständigung und Zusammenarbeit sichtbar werden.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 15.06.2017)